



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



12.05.2016

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Erweiterte Befugnisse für Europol

Wichtige Fortschritte im Kampf gegen den Terrorismus: Die Europäische Polizeibehörde Europol wird mit erweiterten Befugnissen im Bereich der Terrorbekämpfung und der schweren organisierten Kriminalität ausgestattet. Dies macht es Europol leichter, spezialisierte Einheiten einzurichten und somit schneller auf Bedrohungen zu reagieren. In einigen Fällen wird die Behörde auch unmittelbar Informationen mit privaten Einrichtungen wie Unternehmen oder Nichtregierungsorganisationen austauschen können. Zum Beispiel könnte die Europol-Meldestelle für das Internet mit sozialen Medien wie Facebook direkt kooperieren, und etwa verlangen, dass eine von Terrororganisationen betriebene Webseite gelöscht wird, damit die Verbreitung terroristischer Propaganda schneller gestoppt werden kann. Die schrecklichen Ereignisse in Paris und Brüssel haben uns vor Augen ge-

führt, dass der Informationsaustausch innerhalb der Europäischen Union nicht ausreichend funktioniert. Um dem entgegenzuwirken sieht das neue Recht vor, dass die Mitgliedstaaten Europol alle nötigen Informationen zukommen lassen müssen. Kontrolliert wird Europol dabei vom Europäischen Datenschutzbeauftragten und einem Kontrollausschuss, bestehend aus Mitgliedern des Europaparlaments und der nationalen Parlamente.

Der Terrorismus macht längst nicht mehr vor Ländergrenzen halt, daher ist eine internationale Zusammenarbeit unerlässlich, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten.

Kampf gegen Steuervermeidung

Den EU-Mitgliedstaaten entgehen durch aktive Steuervermeidungspolitik von Unternehmen Steuereinnahmen in geschätzter Höhe von 50 bis 70 Mrd. Euro jährlich. Ein weiteres Puzzleteil im Kampf gegen Steuervermeidung ist daher die Richtlinie zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich Steuerzahlungen,

Gewinnen und Angestellten multinationaler Unternehmen. So sollen Unternehmen die in mehreren Ländern ansässig sind und Einnahmen von über 750.000.000 Euro erwirtschaften, den Mitgliedsländern in denen sie einen Unternehmenssitz haben, jährlich Bericht über ihre Finanzen erstatten. Die betroffenen Mitgliedstaaten sind verpflichtet sich untereinander auszutauschen.

Chinas Weg zur Marktwirtschaft

Keinen Marktwirtschaftsstatus für China ohne Bedingungen! China erfüllt nicht die Kriterien einer Marktwirtschaft. Trotzdem sieht ein Beitrittsprotokoll der Welthandelsorganisation aus dem Jahr 2001 vor, dass China genau diesen Status im Dezember 2016 anerkannt bekommen soll. Das könnte die sowieso schon angeschlagene europäische Stahlindustrie noch weiter in die Krise stürzen. Daher müssen die Kommission und der Rat verbesserte Schutzinstrumente gegen Dumping-Importe auf den Weg bringen. Denn egal wie die Entscheidung über

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



12.05.2016

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

den Status Chinas ausfällt, uns geht es in erster Linie darum, die hunderttausenden Stahlarbeiter vor der drohenden Arbeitslosigkeit zu bewahren und diesen wichtigen Sektor der europäischen Industrie zu schützen.

Türkei hält sich nicht an Vereinbarungen

Keine Visaliberalisierung ohne Erfüllung der 72 Bedingungen.

Am Dienstag wurde entschieden, der Bitte der Kommission um eine rasche Beratung über die Visafreiheit für die Türkei nicht nachzukommen. Erst wenn die Türkei alle Bedingungen erfüllt, werden wir im Parlament über die Visaliberalisierung abstimmen. Die Türkei weigert sich zurzeit den Forderungen nach einer Reformierung des Anti-Terror-Gesetzes nachzukommen. Bei Abkommen mit Drittstaaten hat das Europaparlament ein Mitentscheidungsrecht. Eine Visafreiheit für die Türkei wird es ohne uns also nicht geben.

Dieser wichtige Entschluss zeigt, dass wir uns von der Türkei nicht erpressen lassen. Beide

Seiten müssen sich an die gemeinsam beschlossenen Vorgaben halten.

Anreize für Akademiker aus Drittstaaten

Europa muss für qualifizierte Bürger aus Drittstaaten attraktiver werden. Die angenommene Richtlinie soll den EU-Aufenthalt für Studenten und Forschende aus Nichtmitgliedstaaten erleichtern und die Bedingungen für Praktikanten, Freiwillige, Schüler sowie Au-Pairs verbessern.

Studierende und Forschende sollen zukünftig das Recht haben, sich zur Arbeitsplatzsuche oder Unternehmensgründung auch nach dem Abschluss ihres Studiums oder ihrer Forschungsarbeit in dem jeweiligen Mitgliedstaat aufzuhalten. Dadurch soll diesen jungen, hochqualifizierten Menschen die Möglichkeit gegeben werden, die EU mit ihren Ideen und ihrer Expertise zu bereichern.

Etappensieg erreicht

In Stuttgart wurde die neue grün-schwarze Landesregierung vereidigt.

Als Vorsitzende der Frauunion Baden-Württemberg freue ich mich über die Berufung von zwei CDU-Ministerinnen und zwei CDU-Staatssekretärinnen in die Landesregierung Baden-Württembergs. Dr. Susanne Eisenmann als Kultusministerin, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut als Wirtschaftsministerin sowie Friedlinde-Gurr Hirsch und Katrin Schütz werden als Staatssekretärinnen neue Ideen und Schwung ins Kabinett bringen. Es freut mich, dass die hartnäckigen Verhandlungen Früchte getragen haben und der CDU-Landesvorsitzende die Versprechungen des Wahlkampfes eingehalten und annähernd die Hälfte der Ämter mit Frauen besetzt hat. Glück auf!

Besuch aus der Heimat

Besucht haben mich diese Woche insgesamt 114 Schülerinnen und Schüler des Scheffold Gymnasiums Schwäbisch-Gmünd, sowie der Realschule Boxberg. Außerdem konnte ich mich über 46 Besucher der Jahrgangsstufe 1945/55 Sontheim freuen.

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle